

10-Punkte-Programm zur Überwindung der Energie- und Wirtschaftskrise

Resolution der wirtschaftspolitischen
Sprecher der AfD-Fraktionen



© iStockphoto.com - nman077 - Stock.adobe.com



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt

Wirtschaftspolitisches Sprechertreffen der AfD-Fraktionen 2023.....4

Eckpunktepapier

Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft

Energieversorgung sichern, Inflation stoppen, Wirtschaft entlasten!6

Wir stellen fest.....6

Wir fordern.....8

 Energieversorgung sichern!.....8

 Inflation stoppen!.....9

 Wirtschaft entlasten!.....9

Teilnehmer des interfraktionellen Treffens.....11





Leif-Erik Holm MdB

- ▶ Wirtschaftspolitischer Sprecher und Stellvertretender Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Zuständig für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik



Dr. Malte Kaufmann MdB

- ▶ Stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher und Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft
- ▶ Zuständig für Außenwirtschaftspolitik



Enrico Komning MdB

- ▶ Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion
- ▶ Zuständig für Struktur- und Mittelstandspolitik



Uwe Schulz MdB

- ▶ Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft
- ▶ Zuständig für Industrie- und Innovationspolitik

Wirtschaftspolitisches Sprechertreffen der AfD-Fraktionen 2023

Ideologische Vorgaben und daraus resultierende politische Fehlentscheidungen verursachten eine Energie- und Wirtschaftskrise in Deutschland, die den Wohlstand seiner Bürger bedroht. Die Deindustrialisierung unseres Landes hat begonnen, die Wirtschaft ist in die Rezession gerutscht.

Vor diesem Hintergrund trafen sich die Wirtschaftspolitiker der AfD-Bundestagsfraktion und der AfD-Fraktionen aus den Landtagen am 16. Januar 2023 zu einer Klausur in Berlin. Gerade die enge Verzahnung der verschiedenen parlamentarischen Ebenen erhöht die Möglichkeiten, unseren alternativen Politikansätzen Nachdruck zu verleihen.

Um die deutsche Wirtschaft möglichst unbeschadet durch ihre schwerste Krise der Nachkriegszeit zu führen und die Bürger vor existenziell bedrohlichen Belastungen zu schützen, hat die AfD-Bundestagsfraktion frühzeitig zahlreiche Vorschläge in den

Bundestag eingebracht, wie die Energiepreise gesenkt (BT-Drs. 20/2589), der Bürokratieabbau vorangebracht (BT-Drs. 20/3535), die Exportwirtschaft gestärkt (BT-Drs. 20/4065), die Steuerbelastung gesenkt (BT-Drs. 20/4577), die Soziale Marktwirtschaft bewahrt (BT-Drs. 20/7141) und energieintensive Unternehmen geschützt (BT-Drs. 20/3694) werden können.

Zusammen mit den wirtschaftspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen haben wir uns in der nachstehenden Resolution auf ein Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Energie- und Wirtschaftskrise verständigt. Wir sind zuversichtlich, dass unser Maßnahmenpaket die deutsche Wirtschaft aus der Krise führen und sie für künftige Stürme stärken und fit machen wird.

Unser Antrag

Raus aus der Stagflationsfalle – Wirtschaftliches Fitnessprogramm für Deutschland

Drucksache 20/2589

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002589.pdf>



Unser Antrag

Für unser Land – Bürokratie richtig abbauen und Unternehmen entlasten

Drucksache 20/3535

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/035/2003535.pdf>



Unser Antrag

Unterbrechungen heimischer Lieferketten und logistischen Kollaps infolge der Energiepreis-inflation verhindern

Drucksache 20/3694

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003694.pdf>



Unser Antrag

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

Drucksache 20/4065

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004065.pdf>



Eckpunktepapier

Zurück zur Sozialen

Marktwirtschaft



Energieversorgung sichern, Inflation stoppen, Wirtschaft entlasten!

Wir stellen fest

Deutschland befindet sich in der gefährlichsten Wirtschaftskrise seiner Nachkriegsgeschichte. Die Energieknappheit, explodierende Preise und die Gängelung der Unternehmen mit immer mehr Bürokratie und Verboten treiben den deutschen Mittelstand in die Insolvenz und die Industrie ins Ausland.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist die verheerende Politik der vergangenen Jahrzehnte. Das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft wird auf dem Altar einer wohlstandsvernichtenden sozial-ökologischen Transformation geopfert. Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund der

wechselhaften Gesetzgebung – wie zum Beispiel während der Coronakrise – zutiefst verunsichert. Sie benötigt dringend Rechts- und Planungssicherheit sowie verlässliche Rahmenbedingungen.

Die sogenannte Energiewende, deren Scheitern jetzt offensichtlich wird, kostet Milliarden, verknappt die heimische Energieversorgung und führt zur Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten und dem Wetter. Der gleichzeitige Ausstieg aus grundlastfähiger Kohle- und Kernkraft ist ein Desaster und bringt unser Land in Richtung Deindustrialisierung. Nach Ausbruch des Ukrai-



Bild: peterschneier.media - stockadobe.com

ne-Krieges verschlimmert die Bundesregierung den Energiemangel durch eine kopflose Sanktionspolitik und gefährdet damit den Wohlstand, der in Generationen erarbeitet wurde.

Die Europäische Zentralbank hat mit ihrem jahrelangen massiven Gelddrucken zur Rettung hochverschuldeter Euro-Staaten den Boden für das Anspringen der Inflation bereitet. Die Energieverknappung, gerissene Lieferketten, Subventionen für die ökosozialistische Transformation und schuldenfinanzierte Entlastungspakete führen nun dazu, dass sich die Teuerung immer tiefer in die Portemonnaies der Bürger und

die Bilanzen der Unternehmen frisst. Trotz dieser prekären Lage findet keine Politikänderung statt. Anstatt die Ursachen der Krise zu beseitigen, wollen Bund und Länder die dysfunktionale Energiewende noch beschleunigen. Zugleich häufen sie immer mehr Schulden auf, um die dramatischen Folgewirkungen zu überdecken. Bezahlen müssen es künftige Steuerzahler.

Ein schnelles Ende dieser unverantwortlichen Politik ist vonnöten, um die Deindustrialisierung und damit den Niedergang Deutschlands aufzuhalten.

Wir fordern

1.

Energieversorgung sichern!

Kraftwerke länger ans Netz! Das Industrieland Deutschland muss sich wieder zuverlässig und zu jeder Zeit ausreichend selbst mit Strom versorgen können. Dazu brauchen wir alle verfügbaren Kern- und Kohlekraftwerke im regulären Netzbetrieb. Der Kohleausstieg darf kein Thema mehr sein. Die noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke müssen über den 15. April 2023 hinaus laufen, die bereits vom Netz genommenen Kraftwerke wieder angefahren werden. Wir fordern eine Laufzeitverlängerung der sechs bestehenden Kernkraftwerke bis mindestens zum Jahr 2040.

2.

Wiedereinstieg in die Kernkraft! Eine langfristige Weiternutzung der Kerntechnologie ist dringend geboten, um die Energieversorgung für die nächsten Jahrzehnte zu sichern. Kernenergie ist grundlastfähig und günstig, Luftverschmutzung wird vermieden und die Natur dank des sehr niedrigen Flächen-, Brennstoff- und Ressourcenverbrauchs geschont. Wie in vielen anderen Ländern muss jetzt mit der Planung neuer Kernkraftwerke der nächsten Generation begonnen und die Kernfusionsforschung intensiviert werden.

3.

Schädliche Sanktionen beenden! Russisches Gas und Öl gelangen trotz Embargo über Zwischenhändler teuer nach Deutschland. Ein solches »Reinwaschen« ist heuchlerisch und abzulehnen. Das Energieträgerembargo gegen Russland ist deshalb zurückzunehmen, um insbesondere die Kraftstoffpreise und damit auch Transport- und Betriebskosten von Unternehmen zu senken. Nord Stream 1 und 2 sind zu reparieren und der noch verfügbare Nord-Stream-2-Strang ist in Betrieb zu nehmen. Eine mittelfristige Diversifizierung der Energielieferanten ist anzustreben.

4.

Inflation stoppen!

Energiesteuern runter! Neben der sogenannten Energiewende und der dadurch selbstverschuldeten Energieknappheit sorgen gerade auch hohe Steuern für Energiepreise, die Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Der Staat ist aufgerufen, die staatlichen Preisbestandteile dauerhaft zu senken. Energie- und Stromsteuer müssen schnell und dauerhaft auf das rechtlich zulässige Minimum gesenkt werden.

5.

CO₂-Bepreisung abschaffen! Die zunehmende Kostenbelastung durch eine immer höhere CO₂-Abgabe und die immer weitere unrealistische Verknappung der CO₂-Zertifikate müssen ein Ende haben. Deshalb ist das Brennstoffemissionshandelsgesetz außer Kraft zu setzen und ein Ausstieg aus dem EU-Emissionshandel zu erwirken.

6.

Die EZB muss ihrem Mandat wieder gerecht werden! Die Regierung hat die Pflicht, darauf hinzuwirken, dass die Europäische Zentralbank vertragskonform handelt. Das ist bei den derzeitigen Anleihekaufprogrammen nicht mehr gegeben. Diese Käufe müssen beendet werden. Die EZB hat allein die Geldwertstabilität zu garantieren und keine unzulässige Fiskalpolitik zugunsten überschuldeter Länder im Euroraum zu betreiben. Langfristig muss Deutschland wieder zu einer souveränen, stabilitätsorientierten Währungspolitik zurückkehren.

7.

Wirtschaft entlasten!

Ernsthafter Bürokratieabbau! Die immer restriktiveren Vorschriften von EU, Bund und Ländern belasten vor allem unsere kleinen und mittelständischen Betriebe: DSGVO, EU-Taxonomie, Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), Hinweisgeberschutzgesetz, Nachweisgesetz und vieles mehr. Abgeschafft werden muss insbesondere das gerade eingeführte Lieferkettengesetz, das die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft massiv gefährdet. Statt überbordender Bürokratie soll die Gründung und Ansiedlung von Unternehmen aktiv unterstützt werden.

8.

Fachkräfte aktivieren! Lösen lässt sich der Fachkräftemangel nicht über die ungesteuerte Zuwanderung schlecht bis nicht qualifizierter Personen. Die Einwanderung hochqualifizierter Fachkräfte in den Arbeitsmarkt kann helfen, vor allem aber müssen wir die eigenen Potenziale heben. Wir brauchen attraktive Standortbedingungen für wertschöpfende Arbeitsplätze, um die Abwanderung gut ausgebildeter Deutscher zu stoppen und Hunderttausende zurückzuholen. Unsere Bildungseinrichtungen müssen junge Menschen wieder mit grundlegenden Kompetenzen ausstatten und sie für Naturwissenschaften, Wirtschaft und Technik begeistern. Insbesondere Ausbildungsberufe müssen gestärkt werden. Wir brauchen Facharbeiter und MINT-Studenten, keine Gender-Ideologen.

9.

Infrastruktur verbessern! Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hängt auch von der Bereitstellung einer leistungsfähigen technischen, verkehrlichen und digitalen Infrastruktur ab. Für den Erhalt und den schnellen Ausbau bedarf es deutlich schnellerer Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dazu ist zum Beispiel das überflüssige Verbandsklagerecht nicht betroffener Dritter abzuschaffen. Die ideologische Benachteiligung einzelner Verkehrsträger wie der Straße muss beendet werden.

10.

Technologieoffenheit statt Verbote! Die Bundesregierung gängelt Bürger und Unternehmen mit immer neuen Vorschriften und Verboten: Ölheizungsverbot, Wärmepumpenzwang, Dämmvorschriften und Smart-Meter-Pflicht, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Hingegen werden ideologisch erwünschte Technologien wie die E-Mobilität vom Staat massiv subventioniert. Diese Subventionen sind zu beenden. Das für die deutsche Automobilindustrie außerordentlich schädliche Verbrenner-Verbot (EU-Verordnung 2019/631) muss sofort abgeschafft werden. Ein fairer Wettbewerb um die besten Technologien muss ergebnisoffen gewährleistet sein.








Teilnehmer des interfraktionellen Treffens



Leif-Erik Holm MdB • **Dr. Malte Kaufmann** MdB • **Enrico Komning** MdB
Uwe Schulz MdB • **Bernd Schattner** MdB • **René Aust** MdL, Thüringen
Frank-Christian Hansel Mda, Berlin • **Steffen John** MdL, Brandenburg
Thomas Jürgewitz MdBB, Bremen • **Steffen Kubitzki** MdL, Brandenburg
Andreas Lichert MdL, Hessen • **Matthias Lieschke** MdL, Sachsen-Anhalt
Christian Loose MdL, Nordrhein-Westfalen • **Omid Najafi** MdL, Niedersachsen
Iris Nieland MdL, Rheinland-Pfalz • **Frank Peschel** MdL, Sachsen
Ruben Rupp MdL, Baden-Württemberg • **Martin Schmidt** MdL, Mecklenburg-
Vorpommern • **Volker Schnurrbusch** MdL (2017 bis 2022), Schleswig-Holstein
Martin Trefzer Mda, Berlin



FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  [fb.com/AfDimBundestag](https://www.facebook.com/AfDimBundestag)
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://www.youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://www.instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://www.tiktok.com/afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/yescg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Januar 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.